

Gute Arbeit. Starke Kommunen. Mehr Demokratie.

Die Politik der LINKEN zeigt Wirkung

2012 wird nicht alles anders, auch nicht alles besser. Eines erkennt man: Bei immer mehr Projekten der LINKEN folgen den Worten und Absichten nun auch Taten. Ein Vergabegesetz des Landes steht nun für das Versprechen, dass der Mensch von seiner Arbeit leben können muss. Für öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen schreibt es einen Stundenlohn von mindestens 8 Euro vor. Dies ist im Übrigen auch ein unübersehbares Zeichen der Abkehr von Niedriglohnstrategien früherer Landesregierungen.

Die Städte und Gemeinden stehen finanziell weit besser da als vor Jahresfrist – dank großer eigener Anstrengungen, dank guter Steuereinnahmen und dank einer besseren Finanzausstattung durch das Land. Der Wermutstropfen: Die starken Unterschiede zwischen Speckgürtel und den meisten Kommunen im Süden und Westen des Landkreises bleiben bestehen. Deshalb bleibt DIE LINKE in Potsdam-Mittelmark auch bei ihrer Forderung, dass der Kreis sich nach seinen Kräften und Möglichkeiten um einen Ausgleich bemühen muss. Mit dem Kreisentwicklungsbudget ist ein Anfang gemacht, wir setzen uns nachdrücklich für seine weitere Aufstockung ein.



regulus56 | photocase.com

Im Februar hatte der Frost die märkischen Alleen fest im Griff.

Nicht nur mit der Senkung des Wahlalters geht Brandenburg einen mutigen Schritt.

Auch die Möglichkeiten direkter Demokratie

werden sowohl auf Landesebene wie auch in den Kommunen gestärkt. Aus Sicht der LINKEN noch nicht genug, aber auch ganz gewiss nicht der bequemste Weg für die Regierenden. Auch für die bereits abgeschlossenen Volksinitiativen, u.a. zum Flughafen BER, gelten in der Stufe Volksbegehren bereits die günstigeren Bedingungen. DIE LINKE Potsdam-Mittelmark hat ihre Schwerpunkte für 2012 bestimmt; mehr dazu lesen sie in dieser Ausgabe. Das Leben wird manches dazu packen. Bei allem gilt: Wir behalten ein offenes Ohr für die Forderungen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern. ■

Wolfgang Erlebach, Kreisvorsitzender
Kathrin Menz / Thomas Singer,
Vorsitzende der Kreistagsfraktion

Demokratie wird jünger

In Brandenburg können künftig Jugendliche schon mit 16 Jahren wählen. Dies gilt für Kommunalwahlen und auch für Landtagswahlen. Bei den Landtagswahlen ist Brandenburg nach Bremen erst das zweite Bundesland, das diesen Schritt geht. DIE LINKE verwirklicht damit ein langjähriges Ziel und löst ein Wahlversprechen ein.

Gegen eine „Verjüngung der Demokratie“ gibt es immer noch große Vorbehalte. Jugendliche seien in diesem Alter einfach „noch nicht reif genug“. Oder sie hätten „einfach andere Interessen“, meint etwa die Landesvorsitzende der CDU. Das, Frau Ludwig, teilen sie allerdings auch mit Älteren. Eine Senkung des Wahlalters darf keine parteitaktische Frage sein, deren Beantwortung



man danach ausrichtet, ob die eigene Partei davon profitieren könnte. Allerdings meine ich, dass für DIE LINKE die Belange Jugendlicher seit jeher weit oben auf der Agenda stehen. Das reicht von

Initiativen für eine bessere frühkindliche Bildung bis zur Forderung nach Kinderrechten im Grundgesetz.

Leider deckt sich dies bei weitem noch nicht mit unserer Fähigkeit, Jugendliche auch real in Entscheidungen einzubeziehen oder überhaupt anzusprechen. Deswegen ist das Wahlalter 16 als Signal zu verstehen. Übrigens: Mitglied der LINKEN kann man schon mit 14 werden.

Wolfgang Erlebach

Golze spendet weiter

„Solange Löhne, Renten und Hartz-IV-Bezüge nicht steigen, solange spende ich auch 2012 an gemeinnützige Einrichtungen in meinem Wahlkreis“, so Diana Golze, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE. „Seit Januar 2008 habe ich jeden Monat meine Diätenerhöhung in Höhe von 250 Euro nach Steuerabzug an soziale und gemeinnützige Einrichtungen im Wahlkreis 61 gespendet, und zwar aus Verantwortung und nicht aus Populismus.“ Der Landkreis Potsdam-Mittelmark gehört zum Wahlkreis von Diana Golze.

Spenden gingen beispielsweise im Juni 2011 an die Tee- und Wärmestube in Werder/Havel oder im Juli 2010 an die Kita „Spiel mit“ in Jüterbog. Im Dezember 2011 ging die Golze-Spende an die Solidaritätsaktion „Weihnachten für Alle“ in Bad Belzig. Die von einer breiten Unterstützung getragenen Aktion mit lokalen Einzelhändlern und Filialisten sowie zahlreichen privaten Spendern fand bereits zum dritten Mal statt und stieß auf große Resonanz bei der Bevölkerung. Die Solidarität mit den betroffenen Kindern, Frauen und Männern war überwältigend, wohl wissend, dass gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind, um die Ursachen der Armut zu beseitigen.

Schlecker auch in PM

Deutschlandweit sind zehntausende Arbeitsplätze der Drogeriekette Schlecker nach dem am 23. Januar 2012 gestellten Insolvenzantrag in Gefahr. Schlecker hatte seine Beschäftigten jahrelang überwacht und versucht, ihre Löhne zu drücken. Es wäre fatal, wenn die Beschäftigten nun auch noch die Zeche für eine gescheiterte Unternehmenspolitik zahlen sollen. In der aktuellen Situation muss der Erhalt der Arbeitsplätze, auch für die Mitarbeiter der Filialen im Kreis Potsdam-Mittelmark oberste Priorität haben.

Der milliardenschwere Firmeneigner Anton



Schlecker ist nach Auffassung des Landtagsabgeordneten Dr. Andreas Bernig in der Pflicht, mit seinem Privatvermögen zu haften und sich so am Erhalt der Arbeitsplätze zu beteiligen. Zudem ist die Mitbestimmung der Gewerkschaft und des Betriebsrates im Insolvenzverfahren geboten.



„Wir verändern“

DIE LINKE entwickelt das neue Leitbild für Brandenburg



In der letzten Wahlperiode des Brandenburger Landtags hatte sich DIE LINKE in Brandenburg auf einem Parteitag ein Leitbild gegeben – nach ausführlicher Debatte im ganzen Land. „Unsere Heimat – für ein Brandenburg der Regionen“ beschrieb mit demokratisch-sozialistischer Handschrift eine klare Zukunftsstrategie. Die intensive inhaltliche Arbeit des Landesverbandes erwies sich bei der Erarbeitung des Wahlprogramms für die Landtags- (und Bundestags-)wahl 2009 und die anschließenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD als hilfreich.

Die Positionen zu vielen Entwicklungsfragen des Landes waren breit diskutiert und die Schlüsselprojekte, die wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt haben, ergaben sich fast zwangsläufig. Auch für die Verhandlungsgruppe für die Koalitionsverhandlungen waren die beschlossenen Leitbild-Positionen des Landesverbandes und die Kenntnis der vorherigen Diskussionen sehr hilfreich. Und auch die SPD wusste ziemlich genau, worauf sie sich mit uns als Koalitionspartnerin einlassen musste.

Schaut man heute auf das rot-rote Regierungshandeln, prägen gerade diese Schlüsselprojekte die Erfolge der Brandenburger SPD-LINKE-Koalition. Fast alle sind bereits zur Halbzeit der Wahlperiode erfolgreich abgeschlossen, auf gutem Wege dorthin oder sogar übererfüllt. Aber nicht in allen Bereichen sind wir so erfolgreich. Es gibt also sehr gute Gründe, den erfolgreichen Weg weiter zu gehen und das Leitbild fortzuschreiben. Erst Recht unter den besonderen Bedingungen unserer Regierungsbeteiligung während einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die immer deutlicher zu einer Gesellschaftskrise wird. Mit weniger Geld sozial gerechte Politik ge-

stalten – kleiner ist unsere politische Aufgabe nicht. Die Fortschreibung des Leitbildes muss deshalb nicht nur linke fachpolitische Antworten auf drängende Entwicklungsfragen geben, sondern gerade jetzt diese Antworten mit unseren Genossinnen und Genossen sowie allen Interessierten gemeinsam entwickeln. Nur so ist eine breite Akzeptanz zu erreichen.

Dieser Prozess der Beteiligung ist für die Zukunft des Landesverbandes besonders wichtig, bietet er doch auch die Möglichkeit, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Vielleicht sogar die neuen Mitglieder, die wir dringend brauchen. Dem Konzept des intensiven und breiten politischen Dialogs folgte schon die Auftaktkonferenz im Dezember 2011.

Nach einer politischen Bilanz des bisherigen Leitbilds durch den Landesvorsitzenden und einer Diskussionsrunde mit ihm, unseren Ministerinnen und Ministern und der Fraktionsvorsitzenden haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Themen diskutiert, die eine inhaltliche Weiterentwicklung erfordern und deshalb im Zentrum der neuen Leitbilddebatte stehen werden:

- Lebensqualität in zukunftsfähigen Kommunen,
- Förderung nachhaltiger Bildungslandschaft,
- Wirtschaft und Arbeit,
- Brandenburg als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik,
- zukunftsfähige Finanzpolitik und
- Methoden für eine intensive politische Diskussion.

Bis Juni 2012 sollen thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen stattfinden und bis Oktober deren Zwischenergebnisse auf Aktivenkonferenzen breit diskutiert werden. Im September folgt ein europapolitischer Landesparteitag und im Dezember wird auf einer Konferenz der Textentwurf der Fortschreibung des Leitbildes 2020 vorgestellt. Das ist gleichzeitig der Auftakt für den intensiven Dialog mit unseren gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und -partnern. Ende 2013 soll die Leitbilddebatte beendet und gleichzeitig die Wahlkampfprogrammdebatte für die Landtagswahlen 2014 eröffnet werden.

Ich freue mich auf interessante Diskussionen zur Zukunft unseres Landes und hoffe auf eine rege Beteiligung! ■

Dr. med. vet. Kirsten Tackmann MdB,
stellvertretende Landesvorsitzende
DIE LINKE. Brandenburg

Neues Brandenburgisches Wassergesetz verabschiedet

Vattenfall-Vergünstigung gestrichen

Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag im Dezember das neue Wassergesetz beschlossen und damit den Koalitionsauftrag umgesetzt, die Vergünstigungen für den Braunkohlebergbau beim Wassernutzungsentgelt zu prüfen. Die 2004 von Rot-

Im parlamentarischen Verfahren wurden zahlreiche Änderungsvorschläge auch von Bürgern sorgfältig geprüft. Es gab dabei noch einige Neuregelungen, etwa bei den Themen Landschaftswasserhaushalt und Gewässerunterhaltung.



Schwarz beschlossene Sonderregelung zugunsten von Vattenfall wurde wieder gestrichen. Für Grundwasser, das zur Freihaltung von Braunkohletagebauen abgepumpt und dann genutzt wird, muss das Unternehmen wie andere Nutzer künftig das volle Wassernutzungsentgelt bezahlen. Nach einer Übergangsphase erzielt das Land dadurch ab 2014 Mehreinnahmen in Höhe von 2 bis 2,5 Mio. € jährlich, die zweckgebunden für den Gewässer- und Hochwasserschutz eingesetzt werden.

Zu einer grundsätzlichen Reform der Finanzierung der Wasser- und Bodenverbände gab es in der Koalition keine Einigung. Die LINKE befürwortet für die Gewässer 2. Ordnung die Einführung eines Vorteilsmaßstabs, der berücksichtigt, ob Grundstückseigentümer von der Gewässerunterhaltung profitieren. Im Zuge der anstehenden Diskussionen zur Verwaltungsmodernisierung soll dieses Thema noch einmal aufgegriffen werden. ■

Carolin Steinmetzer-Mann MdL,
umweltpolitische Sprecherin
der LINKEN im Brandenburger Landtag

Kommunale Finanzkraft gestärkt

Höhere Zuweisungen für mittelmärkische Kommunen

Die Schätzungen des von Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE) geführten Finanzministeriums zur

November-Steuerschätzung schon 2012 an die Kommunen weiterzugegeben. Dadurch erhöhen sich die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden und Städte im Land Brandenburg um weitere 38,3 Millionen Euro und für die Landkreise um 15 Millionen Euro.

Das nutzt auch den meisten Städte und Gemeinden im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Nach den vorliegenden Orientierungsdaten erhält der Landkreis 11.083.453 € mehr als vorher, Werder/Havel 1.084.996 €, Michendorf 670.539 € und Schwielowsee

582.300 € mehr als 2011.

Mit der Stärkung der Finanzkraft der Kommunen setzt Rot-Rot in Brandenburg eine wichtige Zielsetzung des Koalitionsvertrages um. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, z.B. Thüringen und Sachsen-Anhalt, wird der Landeshaushalt in Brandenburg nicht auf Kosten der Kommunen saniert. Die brandenburgischen Kommunen werden durch die positive Entwicklung der Schlüsselzuweisungen in die Lage versetzt, auch 2012 in Bildung und Infrastruktur-Vorhaben zu investieren. ■

Dr. Andreas Bernig MdL



positiven Entwicklung der Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg werden durch die jetzt vorliegenden Daten bestätigt. Die meisten brandenburgischen Kommunen erhalten 2012 höhere Schlüsselzuweisungen. Sie profitieren damit nicht nur von den allgemeinen Steuermehreinnahmen, sondern auch davon, dass die Koalitionsfraktionen von Linkspartei und SPD beschlossen hatten, den kommunalen Anteil der Steuermehreinnahmen nach der

Mitgliederentscheid erfolgreich

Das Ergebnis des Mitgliederentscheids zum Programm der Partei DIE LINKE steht fest: 34.160 Stimmen, das entspricht 95,81 Prozent, wurden für das Parteiprogramm abgegeben. Es gab 668 Nein-Stimmen (1,96 Prozent) und 764 Enthaltungen (2,24 Prozent). 39 Stimmen waren ungültig. Insgesamt haben sich 34.199 Mitglieder von 69.886 Mitgliedern an dem Mitgliederentscheid beteiligt, das entspricht 48,86 Prozent. Davon haben im Land Brandenburg 64 Prozent teilgenommen. Von den 467 Mitgliedern im Kreisverband Potsdam-Mittelmark nutzten 272 (58 Prozent) die Möglichkeit der direkten Abstimmung über das Programm.

Antifa-Bibliothek: 600 Bücher zum Lesen und Arbeiten

- Sachbücher über Faschismus und Krieg, Wesen und Ursachen des Faschismus
- Belletristische Bücher über Leben und Kampf der Menschen jener Zeit
- Sachbücher über Neofaschismus, Naziparteien und Kameradschaften
- Sachbücher über Gegenstrategien

Dienstags und donnerstags von 8 - 16 Uhr oder nach Vereinbarung:

Antifa-Bibliothek bei der LINKEN

Straße der Einheit 53

14806 Belzig

Tel: 033841/32547

Werder: Neuer Ortsvorstand

DIE LINKE in Werder (Havel) wählte im Januar turnusgemäß ihren neuen Ortsvorstand. Einstimmig als Vorsitzende wiedergewählt wurde Renate Vehlow aus Glindow. Ebenfalls in den Vorstand wiedergewählt wurden Gilda Hinze, Gabriele Krasert und Karl-Heinz Zeihe aus Werder (Havel). Neu in den Vorstand ist Dr. Lutz Janke aus Werder (Havel) gewählt worden.

Armutsrisiko

Im Januar veröffentlichte das Amt für Statistik neue Zahlen zur sozialen Lage. Der „Regionale Sozialbericht für Berlin und Brandenburg“ enthält Daten bis zum Jahr 2010, die teilweise bis auf Kreisebene gehen. Zum Beispiel: Im Landesvergleich leben 13,6 % der Bevölkerung mit einem Armutsrisiko. Bei den Mittelmärkern sind es nur 6,8 %. Im Bundesvergleich liegen die Quoten um einiges höher, für Brandenburg bei 16,3 %.

<http://bit.ly/wnZmFD>

Die Energiewende für Brandenburgs Gemeinden

Interview mit Dr. Annemarie Kersten, Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt

mml: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“ Mit diesem Zitat von Albert Einstein war die Einladung zu einem Training (Coaching) in Paaren-Glien am Ende des vergangenen Jahres überschrieben. Sie waren Teilnehmerin dieser Veranstaltung.

Dr. Annemarie Kersten: Ja, als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Umwelt beim Landesvorstand der LINKEN Brandenburg interessiert mich dieses Thema sehr. Das Auftaktreferat „Die Peak-Oil-Studie der Bundeswehr und ihre Bedeutung für die Kommunen“ von Norbert Rost, Wirtschaftsinformatiker aus Dresden, sorgte gleich für die richtige emotionale Einstellung zu diesem hochaktuellen Thema. Der Peak Oil ist der Zeitpunkt an dem die weltweite Förderung von Öl zurückgehen wird.

mml: „Wieso interessiert sich dafür gerade die Bundeswehr?“

AK: Dass sich die Bundeswehr diesem Thema stellt, macht die Brisanz deutlich. Nach dieser Studie wird der Peak Oil für Gas in 63 Jahren, für Öl in 46 Jahren und Kohle in 119 Jahren erreicht. Diese aufrüttelnden Zahlen werden verschärft, wenn man bedenkt, dass Öl und Kohle die Rohstoffe für eine riesengroße Zahl von Gebrauchsgütern sind. Also eigentlich gar nicht verbrannt werden dürfen und die noch zur Verfügung stehende Zeit wird wesentlich verkürzt, wenn viele Länder der Erde, zum Beispiel Indien und China in ihrem Pro-Kopf-Verbrauch mit den westeuropäischen Ländern und den USA gleichziehen. Also wir sprechen hier von strategischen Ressourcen.

mml: Am meisten merken die Bürger die Veränderung an den Preisen für diese Rohstoffe. Wurde dazu etwas auf der Veranstaltung gesagt?

AK: Jede Illusion, dass die Energiepreise eventuell wieder sinken, kann man vergessen. Die Schraube dreht sich immer weiter hoch. Von Spritpreisen bei etwa 2,50 Euro war die Rede. Das heißt, dass diese Entwicklung auch für die Kommunalpolitiker bei allen Diskussionen über die Entwicklung des Gemeinwesens wesentlich ist. Die Fragen stehen, wie muss das Dorf, die Stadt in 30 Jahren funktionieren? Dazu sind Mut und Phantasie gefragt.

mml: Heißt das nun, dass die diskutierte Energiewende als Aufgabe und Chance für die Kommunen zu begreifen ist?

AK: Ja. Wenn die Kommunen die Energiewende, das heißt die Produktion der notwendigen Energie selber in ihre Hand nehmen, bleibt das wirtschaftliche Ergebnis bei

der Kommune und ihren Bürgern. Also nichts für die großen Konzerne und den „Zahnarzt aus München“.

mml: Gab es auf dieser Auftaktveranstaltung zum Thema praktische Ratschläge?

AK: Auch hierzu ein Ja. Es kamen Akteure zu Wort, die da bereits auf dem Weg sind. Bemerkenswerter Weise alle aus Mecklenburg-Vorpommern. Dort werden für die nahe Zukunft 500 Bioenergiedörfer geplant. In Bran-

denburg e.V. gebildet. Mit Sitz in Schönwalde-Glien. Ein Arbeitskreis zur Rechtsberatung ist im status nascendi. Das ist ein wichtiges Hilfsmittel. Durch den Dschungel der Fördermittel und Genehmigungsverfahren braucht man fachgerechte Unterstützung.

Schließlich muss sich jedes Projekt rechnen, wobei günstige Energiepreise bei Verbrauch vor Ort und Arbeitsaufträge in der Region für die ortsansässige Bevölkerung und Unternehmen positiv zu Buche schlagen. Kurz gesagt: Finanzierung durch Kredite, Tilgung durch mögliche Einsparung, Erhöhung des gesellschaftlichen Budgets durch Arbeitsplätze in der Region. Wichtig sind Verbündete und vernetzen ist das große Schlagwort. Und: Alle unsere

Kommunalpolitiker müssen sich diesen Problemen stellen und bei den nächsten Kommunalwahlen sollte dies auch ein wichtiger Inhalt der Wahlprogramme sein.

mml: Bleibt die schwierige Frage, welche Wege sind gangbar?

AK: Die vorgestellten Organisationsformen sind vielgestaltig, aber immer steht gesellschaftliches Eigentum, ob als Genossenschaft, GbR oder kommunales Unternehmen als Betreiber im Vordergrund. Sicher ist dieser Weg überhaupt nur gangbar, wenn gemachte Erfahrungen und gesellschaftliche Hilfe und Ratschläge genutzt werden. So hat sich auch in Brandenburg nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern ein Bioenergiedorf-Coaching

Brandenburg e.V. gebildet. Mit Sitz in Schönwalde-Glien. Ein Arbeitskreis zur Rechtsberatung ist im status nascendi. Das ist ein wichtiges Hilfsmittel. Durch den Dschungel der Fördermittel und Genehmigungsverfahren braucht man fachgerechte Unterstützung.

mml: Was ist ihre Schlussfolgerung nach diesem Auftakt?

AK: Ich frage mich: Ist es nicht eine reizvolle Aufgabe nicht nur in Dörfern, sondern auch in einer kleinen Stadt voll auf erneuerbare Energien zu setzen? Nehmen wir den Wettbewerb mit Feldheim auf. Sie sind nahe dran. Wir können es auch schaffen. Also nicht Wutbürger, sondern Mutbürger verändern die Welt. Und diese hat es nötig.

mml: Wir bedanken uns für das Interview ganz herzlich und wünschen Ihnen weiter Erfolg. ■



Annemarie Kersten lebt für den Erhalt der Natur.

denburg ist noch Feldheim in unserem Kreis Potsdam-Mittelmark ein einsamer Rufer aus der Wüste. Außerdem gibt es auch den Kreis Märkisch-Oderland als Bioenergieregion, gute Erfahrungen in Prenzlau und auch in Ludwigfelde werden erste Schritte zur Energieregion unternommen. Viele Vertreter von Kommunen Brandenburgs nahmen an der Tagung teil, zum Beispiel der Bürgermeister von Trebbin. Das lässt hoffen.

mml: Viele gute Beispiele, die Hoffen lassen. Da es ja ein praktisches Training war, wurde doch bestimmt auf die weiteren Schritte hingewiesen?

AK: Es wurde deutlich gemacht in den einzelnen Vorträgen, am Anfang steht die Information und Kommunikation und diese zieht sich wie ein roter Faden durch das Projekt. Damit werden auch die Erfahrungen von Feldheim bestätigt. Jeder Schritt muss mit den Bürgern besprochen und ihre Meinung

Halbzeit im Kreistag

Was hat DIE LINKE erreicht, was bleibt zu tun?

Ab 2012 haben die Menschen in Hartz-IV direktere Möglichkeiten, ihre Interessen zu vertreten und Ansprechpartner zu finden. Seit Jahresbeginn setzt der Landkreis die Betreuung, Beratung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern in alleiniger Verantwortung ohne die Bundesanstalt für Arbeit um. Daraus ergeben sich – wenn es richtig gemacht wird (!) – mehr Spielräume, das Alles im Interesse der Betroffenen und damit auch im Interesse der Gesellschaft zu gestalten.

Es geht dabei nicht um Nummern oder Ziffern, sondern immer um reale, konkrete Menschen in über 7.258 Bedarfsgemeinschaften. DIE LINKE will – solange es Hartz-IV mit all seinen Einschränkungen noch gibt – möglichst viele Betroffene so betreut wissen, dass sie eine Chance bekommen, wieder in Würde für sich selbst zu sorgen. Menschen, die der erste Arbeitsmarkt als „wertlos“ ablehnt, weil sie kein „verwertbares Humankapital“ sind, müssen in anderen gesellschaftlichen Aufgaben aus der Isolierung der Arbeitslosigkeit herausgeführt werden.

Diese Aufgabe braucht die Begleitung und Führung durch den Kreistag. Darum hat DIE LINKE schon im Juni 2010 einen eigenen Ausschuss gefordert, der ständig an diesen Prozessen dran bleibt. Erstmals in der Wahlperiode gab es dazu einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Bildung eines eigenen begleitenden Ausschusses. Für die Betroffenen ist das wichtig, denn der Ausschuss tagt wie alle Kreistagsausschüsse öffentlich. Man hat dort regelmäßig alle Akteure zusammen, sowohl aus der Kreisverwaltung als auch aus dem Kreistag. Alle Vorschriften sind im Internet abrufbar und es gibt einen Sitz für die Betroffenen im Beirat. Nun wollen wir wissen, an welchen Kennzahlen der Kreis die Verbesserung für die Betroffenen Ende 2012 fest machen will.

MEHR THEMEN ALS HARTZ IV

Was haben wir erreicht?

- Das Kreisentwicklungsbudget (KEB) für leistungsschwächere Kommunen wurde 2011 erstmalig mit 500.000 € gebildet und nun auf Drängen der LINKEN für 2012 auf 750.000 € aufgestockt.
- Die Linksfraktion hat die Bestrebungen zur „Reorganisation“ der Havelbus-Verkehrsgesellschaft öffentlich gemacht, damit daraus keine Zerschlagung wird.
- Auf unser Agieren hin wurde die Anhe-

bung der Entlohnung in der Kreismusikschule und der Kreisvolkshochschule endlich erreicht.

- Durch stetiges Nachbohren wurden die Absichten zur Schließung der Förderschule Kleinmachnow aus der Nichtöffentlichkeit der Verwaltungswege geholt.

Einiges wurde also erreicht – andere Themen müssen wir weiterhin energisch begleiten. So z.B. die Einrichtung einer Stelle für eine oder einen Integrationsbeauftragte/n. Über die Zukunft des Kreiskrankenhauses herrscht weiterhin Unklarheit, das ist schlecht für den Kreis und für das Krankenhaus. Dass unsere ständigen Nachfragen in dieser Sache nicht unbegründet sind, zeigt die Tatsache, dass hier inzwischen die Staatsanwaltschaft ermittelt. Beide Themen werden weiterhin weit vorne auf unserer politischen Agenda stehen.

Was sind unsere Aufgaben für 2012?

- Das Leitbild für den Landkreis soll nun endlich erarbeitet werden – eine Forderung, die wir seit 1997 stellen. Das ist aber nur schleppend angelaufen. Noch gibt es keine Bürger-Beteiligung – da wollen wir unsere Farbe reinbringen.
- Das Kreisentwicklungsbudget investiert noch vor allem in Beton und Auflagen der Verwaltung – wir wollen es für Menschen ausgestalten. So wie der Kreis Kulturprojekte unterstützt, kann man auch Initiativen von Menschen für gutes Zusammenleben unterstützen.
- Demografischer Wandel: Einbeziehung der Menschen – Selbstorganisation – Hilfe zur Selbsthilfe.
- ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr): Entscheidend ist hier für uns, die Mobilität für die Menschen zu sichern. Dem hat auch die „Reorganisation“ zu dienen.
- Umsetzung Optionskommune begleiten: Maßstab ist hier, dass Effekte für die Betroffenen erreicht werden. Zudem kann der Haushalt entlastet werden, woraus sich größerer Gestaltungsspielraum ergeben wird.
- Für die Regionalplanung gibt es ein Gremium der drei Kreise, in dem die Opposition keinen Sitz und Stimme hat. Wir wollen von der Verwaltung hier mehr Informationen einfordern. ■

Kathrin Menz und Thomas Singer,
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE



LiMA 2012: „Schnittstellen – interfaces“

„Schnittstellen – interfaces“ – unter diesem Motto findet vom 21. bis 25. März 2012 die 9. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz in Berlin statt.

Sie ist einer der größten Medienkongresse in Deutschland. Einmalig ist das Konzept, Debatte, Netzwerk und Weiterbildung zusammen zu führen: Die LiMA bietet Ihren Besuchern fast 200 Workshop in acht journalistischen Disziplinen. Dazu werden über 1.200 Teilnehmende erwartet.

Neben den bewährten Partnern wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di, beteiligen sich in diesem Jahr erstmals auch der AstA der Technischen Universität, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Projekt-Agentur „newthinking communications“, die unter anderem auch den „re:publica“ Kongress betreut. Mit soviel Unterstützung sind eine große Programmviefalt und ein reibungsloser Ablauf der zahlreichen Veranstaltungen garantiert.

Programm-Highlights 2012 sind Vorträge von Dr. Gregor Gysi (MdB, DIE LINKE), Sahra Wagenknecht (DIE LINKE), Klaus Wowereit (SPD) und Dr. Gabriele Hooffacker (Leiterin der Münchner Journalistenakademie), sowie eine Podiumsdiskussion zu den gesellschaftlichen Ursachen von Rechtsextremismus in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Außerdem: Workshops von Doc Baumann (Papst der Bildbearbeitung und Herausgeber des Fachmagazins „docma“) und Thomas Hoyer (renommierter Kalligraph). Deutschlands Comic-Legenden Ziska und Gerhard Seyfried – der Gestalter des diesjährigen LiMA-Plakats – sind ebenfalls dabei. Infos: <http://www.lima12.de>

Mehr und mehr rückt der Wolf ins Bewusstsein der Brandenburger Öffentlichkeit. Spektakuläre Fälle von gerissenen Schafen in Potsdam-Mittelmark haben unlängst für landesweite Aufmerksamkeit gesorgt. Die MML hat Vertreter unterschiedlicher Positionen um eine Meinungsäußerung gebeten. Katharina Weinberg leitet die Bundesarbeitsgruppe Wolf im Naturschutzbund Deutschland und Frank Hahnel ist Schafzüchter im Oderbruch.

In der Rubrik „Meine Meinung“ werden unterschiedliche Standpunkte zur Debatte gestellt, die die MML erreichen. Die Verantwortung für die Texte liegt bei den Autoren.

Wölfe – Eine Heimkehr mit Hindernissen

Nachdem der Mensch den Wolf in großen Teilen Mitteleuropas erfolgreich ausgerottet hatte, kehren die Wölfe nun auf natürlichem Wege zurück. Derzeit leben etwa 40 Wölfe in Brandenburg. Sie haben durch die lange Zeit der Verfolgung gelernt, den Menschen zu meiden. So leben sie mitten unter uns Menschen, ohne dass wir sie bemerken. Nur sehr selten werden Menschen Wölfe in freier Natur sehen. Dabei nutzen die Tiere neben Truppenübungsplätzen (TÜP) und Tagebauen auch die von Menschen besiedelten Gebiete. Wolfsrudel finden sich in der Lieberoser Heide, auf dem TÜP Jüterbog, dem Tagebau Welzow Süd, dem TÜP Lehnin sowie den TÜP Altengrabow und Spremberg. Einzeltiere und Paare leben in der Zschornoer Heide, dem TÜP Wittstocker Heide, der Anaburger Heide und bei Sperenberg. Alle Rudel hatten in diesem Jahr Nachwuchs. Generell ist eine positive Entwicklung des Bestandes in Brandenburg zu verzeichnen.

Wölfe brauchen keine Wildnis. Jedoch treffen Wölfe in Brandenburg auf eine Kulturlandschaft und auf Menschen, die ihnen nicht nur wohlgesonnen sind. Sie kommen in eine Welt, in der Menschen über ihr erfolgreiches Bleiben entscheiden. In einer Region, wo Nutztierhaltung zum Broterwerb betrieben wird und man noch nicht auf den Wolf eingestellt ist, kommt es zwangsläufig zu Konflikten. Diese muss man ernst nehmen. Der Wolf kann hier nur überleben,

wenn er die Akzeptanz der Menschen erfährt. Um diese zu schaffen, bedarf es der Vermittlung von Wissen und Aufklärung in der Bevölkerung und nicht zuletzt bei den Nutztierhaltern. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Wissen um den Wolfsbestand in Brandenburg durch ein permanentes Monitoring auf dem aktuellsten Stand gehalten wird. Nur so können die Befürchtungen, ausgeräumt werden. Positive Beispiele aus anderen europäischen Ländern sprechen dafür, dass ein Zusammenleben auch in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland möglich ist. Dabei müssen wir uns auch auf den Umgang mit Konflikten einstellen.

Natürlich muss es auch einen finanziellen Ausgleich bei Schäden und finanzielle Unterstützung für Schutzmaßnahmen geben, um eine Akzeptanz bei den Betroffenen zu erreichen. In Brandenburg wird der finanzielle Ausgleich derzeit aus EU- und Landesmitteln bezahlt durch die beiden Landesämter beim Umwelt- und beim Landwirtschaftsministerium geregelt. Bisher wird hierbei nicht mehr als 7.500 € in drei Jahren pro Fall ausbezahlt, in begründeten Fällen soll künftig auch darüber hinaus entschädigt werden. Gewerblichen Tierhaltern wird neben dem Ersatz von Präventionsmaßnahmen auch der betriebswirtschaftliche Schaden ersetzt. Wenn keine grobe Fahrlässigkeit vorliegt, werden die Schäden voll erstattet. Insgesamt sind in den Jahren 2008 bis 2011 für die Erstellung wolfsicherer Zäunungen ca.

250.000 € und etwa 40.000 € für Schäden mit Wolfshintergrund gefördert worden. Damit die Einzelmaßnahmen richtig wirken können, müssen sie in einen Managementplan eingebettet werden. In Brandenburg wird der bestehende und 17 Jahre alte Managementplan derzeit durch das LUGV, anerkannte Naturschutzverbände – auch den NABU - und Nutztierhalterverbände überarbeitet. Wir unterstützen hier die Mitarbeit des Landesjagdverbandes. Die vorhandenen Ausgleichsmaßnahmen werden in den neuen Managementplan einfließen. Dabei wäre es gut, die derzeitige Praxis auch auf Hobbytierhalter auszuweiten und ihnen, wie in Sachsen, bei einem Schaden zumindest den Marktwert zu ersetzen. Ebenso muss der Umgang mit Problemtieren Eingang in die Überarbeitung finden. Die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht ist hier weder notwendig noch ratsam, der Schutz durch das Naturschutzgesetz ist ausreichend. So können schon jetzt Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, die den Umgang mit Problemtieren regeln. Andernfalls würden durch neue Verwaltungsverfahren zusätzliche, überflüssige Kosten entstehen und Zeit ergebnislos vertan. Generell ist im Umgang mit dem Wolf Besonnenheit und Kompromissbereitschaft angesagt, um trotz der auftretenden Konflikte ein Zusammenleben zwischen Wolf und Mensch zu gewährleisten. Katharina Weinberg, Geschäftsführerin des NABU Brandenburg, Potsdam



MBCH | photocase.com



Wichtigste Punkte zu kontroversen politischen Themen veröffentlicht, dabei ausschließlich bei den Autorinnen und Autoren.

Die Schäfer und der Wolf

Schäfer leben mit und von ihren Schafen und sind natürlich bestrebt, jedweden Schaden von ihren Tieren abzuwenden. So ist es nicht verwunderlich, dass wir Schäfer den Tieren, die unseren Schafen Schaden zufügen können, skeptisch gegenüber stehen; sei es ein Kolkkrabe, der sich an unsere Lämmer herantraut, ein Fuchs, ein wilder Hund oder eben der nun wieder einwandernde Wolf.

Wir Schäfer sollen mit unseren Schafherden die Landschaft pflegen und alte Kulturlandschaften erhalten. Die Vorzüge der Schafbeweidung zur Landschaftspflege und zur flexiblen Erhaltung der Biodiversität hat der Hirtenzug 2010, der am Brandenburger Tor in Berlin begann und dann durch Deutschland, Holland, Belgien und Luxemburg nach Trier führte, der Politik und der Bevölkerung anschaulich in Erinnerung gebracht. Mit dem Jahr 2005 wurde die EU-Mutterschafprämie in Deutschland abgeschafft. Seitdem sinken die Schafbestände in Deutschland dramatisch. Auch Schäfer mit eigenen Flächen, die eine Flächenprämie erhalten, können den Wegfall der Mutterschafprämie nicht kompensieren und haben daher erhebliche Einkommenseinbußen zu verkraften. Nur mit dem Verkauf von Produkten aus unserer Schafhaltung (vorwiegend Lammfleisch) kann schon heute kein



MBCH | photocase.com

Schäfer mehr ein ausreichendes Familieneinkommen erzielen und ist deswegen auf die Dienstleistungsentgelte aus der Landschaftspflege angewiesen. Wenn aber nun die Landschaftspflege durch die geförderte Ausbreitung von Beutegreifern für unsere Schafe und Ziegen zunehmend gefährlicher wird, muss die Gesellschaft, die den Wolf ja unter Schutz gestellt hat, auch dafür Sorge tragen, dass der Schäfer sich gegen diese neue Gefahr wappnen kann. Dazu gehören wolfsichere

Nachtperche und Zäune, spezielle Herdenschutzhunde und auch erhöhte Personalaufwendungen zur Überwachung der Herden. Aus eigenen Mitteln werden diese Maßnahmen von keinem Schäfer aufzubringen sein. Die flächendeckende Wiederansiedelung des Wolfes ohne einen öffentlich geförderten flankierenden Schutz der Weidetiere wird das Ende der Weidetierhaltung in Deutschland einläuten.

*Frank Hahnel,
Schäfermeister aus Müncheberg*

Bürger in Kleinmachnow zu Altanschlüssen

Modifizierte Beiträge vorgeschlagen

Mitte Januar fand im Rathaus Kleinmachnow eine sehr gut besuchte Bürgerversammlung statt, zu der die Bürgerinitiative gegen Altanschließbeiträge eingeladen hatte.

Im Podium saßen Vertreter der Bürgerinitiativen aus Teltow, Kleinmachnow und Saarmund. Von den Parteien der Regierungskoalition waren die Landtagsabgeordneten Dr. Scharfenberg (DIE LINKE.) und Richter (SPD) erschienen, ebenso wie der Kleinmachnower Bürgermeister und Vorsitzende des Abwasserzweckverbandes Grubert sowie der Vorsitzende der VNEs.

Es ging um die Frage, ob und wie Bürgerinnen und Bürger heute für Abwasseranlagen zahlen, die in der Vergangenheit errichtet worden waren und ob sie auch die Verbesserungen nach dem Jahr 1990 bezahlen sollen.

Michael Grubert wies darauf hin, dass für Anlagen aus DDR-Zeiten keine Beiträge erhoben werden können, sondern lediglich für Investitionen in solche Anlagen, die nach 1990 gebaut wurden. Dass Beiträge auch von den so genannten Altanschließern erhoben

werden können, hatte das OVG Berlin-Brandenburg 2007 wie auch später das Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Er, Grubert, setze lediglich die Rechtslage um und hätte sich ein besseres und differenzierteres Gesetz aus dem Landtag gewünscht. Dem widersprachen die beiden Vertreter von SPD und LINKEN. Das geltende Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg eröffne den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Möglichkeit, die Eigentümer altangeschlossener Grundstücke zu einem verminderten Herstellungsbeitrag heranzuziehen. Damit könnten Altanschließern im Vergleich zur alten Rechtslage besser gestellt werden. Zudem bestünden weitreichende Möglichkeiten zur Stundung oder zu Ratenzahlungen. Unklar blieb, wie mit Bürgern verfahren werden soll, die bereits einen Beitrag gezahlt haben. So zitierte Werner Wienert eindringlich die urkundlich gesicherte Beitragsleistung eines Eigentümers aus Kaisers Zeiten. Ein Anwohner schilderte seine Zahlung aus den neunziger Jahren an den Zweckverband. Beide waren jetzt wieder mit einem Beitragsbescheid bedacht worden. Bürger-

meister Grubert hatte in der Einleitung noch ausgeführt, dass jeder nur einmal einen Beitrag zahlen müsse, später meinte er, dass erst einmal geprüft werden solle, ob dies möglich ist.

Dass es auch anders geht, zeigen andere Zweckverbände im Land Brandenburg, die modifizierte Beiträge erheben oder auf Gebühren umstellen. So sollte kurz darauf im Bereich des WAZV Nuthe über die Einführung modifizierter Beiträge beraten werden. Es blieb unklar, warum so etwas nicht auch in Kleinmachnow geht, wo doch die Finanzlage des Zweckverbandes gut ist. Fakt ist und auf diesen Nenner brachte es ein Bürger und der Vertreter des VNEs: Der Landtag hat den Vertretern vor Ort ein Instrument an die Hand gegeben, durch die verschiedene Wege möglich sind. Warum dies in Kleinmachnow nicht genutzt werden soll, blieb unklar.

Die Vertreter der Bürgerinitiativen werden sich weiter dafür einsetzen, dass in unserem Zweckverband die Möglichkeiten des Kommunalabgabengesetzes im Sinne der Menschen ausgenutzt werden. Das heißt: modifizierte Beiträge für Altanschließern!

Ball der Roten Socken

Neujahrsempfang der LINKEN Potsdam-Mittelmark

Der nunmehr 18. „Ball der Roten Socken“ fand am 14. Januar 2012 als Neujahrsempfang des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark im Rathaussaal Kleinmachnow statt. Nachdem der Ball zuvor immer im „Schwarzen Adler“ in Teltow stattfand, zog es die Linken erstmalig im Jahr 2006 in den Rathaussaal nach Kleinmachnow und dort scheinen sie sich auch richtig wohl zu fühlen.

Über 100 Gäste, darunter auch Bernd Albers, Bürgermeister von Stahnsdorf, Ute Hustig, Bürgermeisterin von Nuthetal und Michael Grubert, Bürgermeister von Kleinmachnow, Mitglieder anderer Parteien, Mitglieder des Kreistages sowie viele Parteimitglieder erschienen im Saal. Die Big-Band Potsdam spielte zu flotten Melodien auf, das Büfett vom Gasthaus „Havel“ hatte für alle Gaumen etwas zu bieten, die Zauberrevue verzauberte nicht nur die aus dem



Publikum geholten Protagonisten und der Teltower Bernd Blankenburg heizte mit sei-

ner Disko richtig ein. Erst weit nach Mitternacht gingen die letzten nach Hause.

Kennen Sie Ihre Heimat?

Schreiben Sie uns, welches markante Bauwerk hier abgebildet ist. Unter den richtigen Einsendungen ermitteln wir unter Ausschluss des Rechtsweges den Gewinner von 50 Euro.

Axel Bierbrauer aus Teltow, Gewinner unseres letzten Rätsels, erkannte treffsicher das Rathaus Teltow. Wenn Sie unser Gebäude erkennen, schreiben Sie an:



DIE LINKE. Redaktion MML, Str. der Einheit 53, 14806 Bad Belzig. Einsendeschluss ist der 24. März 2012 (Poststempel).

Termine

25. Februar 2012, 10 Uhr: Kommunalpolitischer Tag des Kommunalpolitischen Forums, „Anforderungen an eine moderne Jugendhilfe und Sozialarbeit in den Kommunen“, Landtag Brandenburg, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, Raum 137.

28. März: **Konferenz:** Kreisvorstand mit den Basisorganisations- und Ortsvorsitzenden des Kreises Potsdam-Mittelmark, voraussichtlich in Werder.

ICH WILL MEHR ÜBER DIE LINKE WISSEN UND MÖCHTE:

- regelmäßig MITTELMARK.LINKS lesen
- Kontakt zu einer Gruppe der Partei in meiner Nähe
- nähere Informationen der Partei zu _____
- Mitglied der Partei DIE LINKE werden.
- Partei und Zeitung mit einer Spende unterstützen.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

Plz./Ort: _____

Tel./Fax/e-Mail: _____

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE.Potsdam-Mittelmark
V.i.S.d.P.: Dr. Wolfgang Erlebach
 Str. der Einheit 53, 14806 Bad Belzig
 Tel.: 033841/32547 * Fax: 033841/43880
Redaktion: Reinhard Frank, Wolfgang Erlebach, Jörg Trinogga
<http://www.dielinke-pm.de>
E-Mail: mml@dielinke-pm.de
Twitter/Facebook: MittelmarkLinks
Auflage: 5000

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Mai 2012. Redaktionsschluss ist der 2.4.2012.

Druck: Union Sozialer Einrichtungen, Teltow

Bitte einschicken an: Die Linke, Redaktion MML, Str. der Einheit 53, 14806 Bad Belzig.